

Nachrichten aus Brüssel

Gestraftes Arbeitsprogramm

Frei nach dem Motto „Weniger ist mehr“ hat der neue Präsident der EU-Kommission, Jean-Claude Juncker, Mitte Dezember in Straßburg das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für das Jahr 2015 vorgestellt. Der Text trägt den programmatischen Titel „Ein neuer Start“ und legt das Hauptaugenmerk auf die Förderung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Insgesamt plant die Brüsseler Behörde für das laufende Jahr lediglich 23 neue Initiativen. Ferner will die Kommission 80 bestehende Legislativvorschläge ganz zurückziehen oder überarbeiten. Juncker erinnerte bei der Vorstellung in Straßburg daran, dass die Arbeitsprogramme der vergangenen Jahre bis zu 130 Initiativen vorgesehen hätten. Wichtigstes Einzelvorhaben der kommenden Monate ist der Investitionsplan, mit dem die Kommission über Umschichtungen im laufenden EU-Haushalt und den damit verbundenen Hebelwirkungen in den nächsten drei Jahren rund 315 Milliarden Euro gezielt für Investitionen zur Verfügung stellen will. Weiterer Schwerpunkt des Arbeitsprogramms 2015 ist der Ausbau des gemeinsamen Binnenmarktes, dessen Potenzial besser genutzt werden soll. Zu diesem Zweck sollen der grenzüberschreitende Zugang zu digitalen Diensten optimiert und eine neue Binnenmarktstrategie für Waren und Dienstleistungen ausgearbeitet werden. Ein Maßnahmenpaket für die Mobilität von Arbeitskräften im Binnenmarkt flankiert die Bestrebungen. Keine besondere Erwähnung findet hingegen der Gesundheitsbereich.

Diskussion über Freie Berufe

Das Thema Freiberuflichkeit stand Anfang Dezember im Mittelpunkt einer Veranstaltung im Europäischen Parlament in Brüssel. Eingeladen hatten der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) und die SME Intergroup, ein fraktionsübergreifender Zusammenschluss von Europaabgeordneten, der sich zum Ziel gesetzt hat, die Interessen kleiner und mittlerer Unternehmen zu fördern. Die rund 40 Teilnehmer – darunter acht Europaabgeordnete – diskutierten, unter welchen Rahmenbedin-

gungen die Freien Berufe ihr unternehmerisches Potenzial in Europa besser entfalten können. Der Präsident der Bundeszahnärztekammer, Dr. Peter Engel, der auch in seiner Funktion als Vizepräsident des Bundesverbandes der Freien Berufe sprach, wies auf die Bedeutung der Freien Berufe für die europäischen Volkswirtschaften hin. Die Ergebnisse einer im Auftrag des EWSA erstellten Studie belegten, dass sich die Freien Berufe in allen EU-Mitgliedsstaaten in der Wirtschaftskrise bewährt und so zur wirtschaftlichen Stabilisierung beigetragen hätten. Engel warnte aus aktuellem Anlass vor dem Hintergrund der laufenden Transparenzinitiative zur Überprüfung aller regulierten Berufe in Europa vor Deregulierungstendenzen in der Europäischen Kommission. Bewährte Selbstverwaltungsstrukturen der Freien Berufe, die für eine hohe Qualität freiberuflicher Dienstleistungen im Interesse der Kunden, Mandanten oder Patienten sorgen, dürften nicht leichtfertig zur Disposition gestellt werden.

Minister vertagen Reform

Auf ihrem turnusmäßigen Halbjahrestreffen Anfang Dezember vertagten die EU-Gesundheitsminister ihre Beratungen über den Verordnungsvorschlag zur Überarbeitung des EU-Rechtsrahmens für Medizinprodukte. Statt einer Einigung legte die scheidende italienische Ratspräsidentschaft lediglich einen bescheidenen Fortschrittsbericht über den Stand der Verhandlungen im Rat vor. Dieser Bericht macht deutlich, dass zwischen den EU-Mitgliedsstaaten noch immer große Differenzen bei Fragen der Wiederaufbereitung von Einmalprodukten sowie der Rückverfolgbarkeit und der Zulassung von Medizinprodukten bestehen. Die Beratungen müssen nun unter dem Vorsitz der lettischen Ratspräsidentschaft fortgesetzt werden. Ein Abschluss des seit September 2012 laufenden Gesetzgebungsverfahrens ist damit nicht absehbar. Harsche Kritik kam aus dem Europaparlament, das seine Beratungen über den Gesetzgebungsvorschlag bereits vor der Europawahl im April 2014 abgeschlossen hatte und seitdem auf eine zügige Einigung im Interesse der Patienten drängt.